

Forderungskatalog für Frieden und Abrüstung

Es besteht eine außerordentlich hohe Kriegsgefahr und damit die Gefahr der Auslöschung der Menschheit bzw. der Zivilisation, wie wir sie kennen.

Seit 2002 erfolgte durch die USA die Kündigung und Ablehnung von Kontrollmaßnahmen nach Verletzungsvorwürfen bzw. die Nichtverlängerung der großen Abrüstungs-, Rüstungsbegrenzungs- und friedenssichernden Verträgen:

- ABM-Vertrag (SALT - Verbot Raketenabwehrsysteme) – 2002
- INF-Vertrag (Verbot Mittelstreckenraketen Europa) – 2020
- Open Skies-Vertrag (gegenseitige Gestattung von Luftüberwachungsflügen) – 2020
- START-Vertragssystem (Reduzierung und Begrenzung strategischer Atomwaffenträgersysteme und Sprengköpfe) – Auslauf 2021, glücklicherweise kurzfristig durch Präsident Biden wieder verlängert

Deutschland und alle NATO- und Atomwaffenmächte stimmten 2017 in der UN gegen den Atomwaffenverbotsvertrag, der 2021 in Kraft trat.

Die Weltuntergangsuhr, erstellt von hochrangigen Wissenschaftlern weltweit, steht deshalb seit dem Jahre 2020 auf 100 Sekunden vor Weltuntergang, so nah am Untergang wie noch nie seit ihrer Aufstellung im Jahre 1947.

Die Nato ist schrittweise, trotz gegenteiliger Zusicherung gegenüber der Sowjetunion in 1990, bis an die russische Grenze erweitert worden. In den Jahren 2020/21 fanden und finden Manöver in unmittelbarer Grenznähe zu Russland auch unter Beteiligung von Bundeswehrsoldaten statt. Das erfolgt ungeachtet des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion vor 80 Jahren, dem wir am 22. Juni 2021 gedachten. Bei Zwischenfällen besteht nun keinerlei Reaktionszeit der Gegenseite und es besteht die Gefahr sofortiger Eskalationen.

US-Einheiten mit 40.000 Soldaten und Technik wurden dazu 2020 und 2021 trotz Corona-Pandemie aus den USA über den Atlantik, weiter über Straßen- und Schienenwege via Deutschland und dem Balkan zu Manövern befördert.

Im Schwarzen Meer erfolgten geplante provokative Marineoperationen im russischen Hoheitsgebiet um die Krim, wie durch Veröffentlichung in London verlorengegangener Dokumente bekannt wurde.

Der Rüstungswettlauf wird in den Weltraum getragen, Deutschland hat 2019 in der UN gegen die Rüstungsbegrenzung im Weltraum gestimmt. Seit 2021 hat die Bundeswehr ein eigenes Weltraumkommando eingerichtet. Die Kriegsführung im Weltraum sieht die Zerstörung von Satelliten vor. Damit besteht die Gefahr der extremen Vermüllung des Orbits durch Kleinteile. Damit werden zukünftige Weltraumaktivitäten durch Kollisionsgefahr für viele nachfolgende Generationen unmöglich.

Die gefeierte Raumfahrt von US-Milliardären, von den Nachdenkseiten zu Recht als dekadent bezeichnet, birgt zudem die Gefahr in sich die Kriegsführung im Weltraum zu privatisieren.

Die Bundeswehr beteiligt sich aktuell an folgenden Militäreinsätzen:

Kosovo, Jordanien, Syrien, Irak, Mittelmeer, Mali, Libanon, Horn von Afrika, Südsudan, Libyen,

Westsahara, Jemen, Litauen und im südchinesischen Meer¹.

Viele dieser Einsätze erfolgen ohne UN-Mandat und stehen im Widerspruch zum Verteidigungsgebot des Grundgesetzes.

Ein 20-jähriger erfolgloser Einsatz in Afghanistan mit Kosten von ca. 12 Mrd. € und 53 getöteten Bundeswehrsoldaten² und vielen weiteren Soldaten mit bleibenden physischen und psychischen Schäden wurde 2021 endlich beendet.

Gewonnen haben ausschließlich wiederum die Rüstungskonzerne.

Die weltweiten Rüstungsausgaben beliefen sich 2020 nach SIPRI auf fast 2 Billionen Dollar (= 2.000 Mrd.)³. Darunter die USA 778 Milliarden, China 252, Russland 62, Deutschland 50 Milliarden. Auf die NATO-Staaten entfallen ca. 2/3 der weltweiten Ausgaben. In Umsetzung des NATO-Zieles 2% BIP für Rüstung und Militär auszugeben, wird der Anteil voraussichtlich weiter steigen, wird Deutschland über 70 Mrd. für Rüstung ausgeben. 2005 waren es dagegen noch 33 Mrd. 2020 bereits 53 Mrd⁴.

Deutschland hatte im Corona-Jahr 2020 die weltweit höchste Steigerungsrate und belegt zudem beim Rüstungsexport weltweit den 4. Platz.

Die Nato-Ausgaben und deren Steigerung werden begründet mit der Aggressivität Russlands und neuerdings Chinas.

Ein Blick auf die Zahlen und deren Entwicklung entlarvt diese Behauptung als Lüge.

Bereits jährlich 40 Mrd. Dollar reichen, um den Hunger auf der Welt zu beseitigen und das Sterben von Millionen Kinder zu verhindern. Nicht nur das, die Gelder könnten auch sinnvollerweise für Klima- und Umweltschutz, Bildung, Gesundheit und Forschung zum Wohle aller Menschen verwendet werden.

Die Russische Militärdoktrin sieht wegen konventioneller Unterlegenheit durch die exorbitanten NATO-Rüstungsausgaben asymmetrische Antworten auf Angriffe vor. Damit besteht die Gefahr einer schnellen Eskalation bei Nadelstichen ohne Reaktionszeit.

Wir erleben eine verantwortungslose, mediale Kriegsvorbereitung durch einseitige und unvollständige Berichterstattung mit Russland- und Chinabashing und offenem Aufruf zu militärischem Handeln in unseren großen deutschen Medien.

Transatlantische Konfrontationspolitik statt Verständigungspolitik wurde zur dominierenden gedruckten und gesendeten öffentlichen Meinung.

Notwendig ist eine Umkehr zum Frieden, Abrüstung, Diplomatie unter gegenseitiger Interessenabwägung statt der Politik der Stärke, der militärischen Eskalation, des Säbelrasselns und wirtschaftlicher Sanktionen.

Deshalb erstellten wir nachfolgenden Forderungskatalog der Basis der Sammlungsbewegung Aufstehen für eine Umkehr zum Frieden.

¹ Bundeswehr <https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr>

² Statista <https://de.statista.com>

³ SIPRI <https://sipri.org/>

⁴ Statista <https://de.statista.com>

Unser Forderungskatalog für Frieden und Abrüstung

Deutschland steht zukünftig für Frieden, gegen militärische Einsätze und gegen Waffenexporte in Krisengebiete.

- Deutschland setzt auf Grund seiner Vergangenheit auf diplomatische Kompetenz zur Friedenserhaltung und -schaffung
- Es erfolgt keine Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen
- Von deutschen Boden erfolgen keine Einsätze oder Unterstützungsleistungen für völkerrechtswidrige Maßnahmen (Ramstein)
- Ausländische Truppenstandorte und Logistikzentren werden geschlossen (*Anlage Stationierungsorte*)
- Beitritt zum UN-Vertrag zur Abschaffung und Ächtung von Atomwaffen
- Auf deutschen Boden werden keine Massenvernichtungswaffen stationiert, bestehende Stationierungen werden aufgelöst (Büchel)
- Deutschland kündigt die nukleare Teilhabe
- Deutschland reduziert jährlich seine Rüstungsausgaben
- Deutschland stoppt seine Rüstungsexporte und erarbeitet ein Programm zur Konversion der Rüstungsindustrie mit dem Schwerpunkt in Umwelttechnik und Entwicklungshilfe
- Austritt aus internationalen Organisationen, die diesen Forderungen widersprechen

Diese Forderungen sind zentrale Ziele der Sammlungsbewegung Aufstehen und werden in der *Anlage Erläuterungen* weiter untersetzt.

Die Sammlungsbewegung Aufstehen arbeitet mit allen Friedensinitiativen zusammen.

Unser Anliegen ist das verstärkte Zusammenwirken dieser Gruppen. Eine Zusammenstellung von Initiativen siehe *Anlage Bündnispartner*.

Anlage Erläuterungen

Deutschland setzt auf Grund seiner Vergangenheit auf diplomatische Kompetenz zur Friedenserhaltung und Friedensschaffung

Deutschland trägt schwer an der Verantwortung für die beiden verheerenden Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts. Eingedenk dieser Verantwortung ist es Aufgabe deutscher Politik alle Kraft für die friedliche Klärung von Konflikten einzusetzen.

Heutiges „Mehr Verantwortung übernehmen“ im Sprachgebrauch bedeutet einen Missbrauch der deutschen Sprache - wer wäre nicht für verantwortliches Handeln -, denn sie wird politisch ausschließlich mit militärischer Stärke und militärischem Handeln begründet!

(aber es wird damit politisch ausschließlich militärische Stärke und militärisches Handeln begründet!)

Deutsche Politik muss wieder der Logik von Willi Brand und Egon Bahr folgen und einen „Wandel durch Annäherung“ anstreben statt einseitig auf militärischen Druck zu setzen und Gehilfe einer aggressiven US-Außenpolitik zu sein. Deutschland als Exportnation kann durch Zusammenarbeit statt Sanktionspolitik politische Erfolge erzielen, denn wer erfolgreich miteinander handelt, der schießt nicht aufeinander.

Es erfolgt keine Beteiligung an Auslandseinsätzen ohne UN-Mandat

Nach Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen gilt:

„Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

Es gibt lediglich die Ausnahmen der Selbstverteidigung und ein ausdrückliches UN-Mandat unter unbedingter Achtung dessen eng gesetzter Grenzen.

Gegen diese Regelung wird mit vielen Auslandseinsätzen der Bundeswehr verstoßen. Dieses Handeln steht zudem im Widerspruch zum Verfassungsauftrag der Bundeswehr als Verteidigungsarmee. Deutschland wird eben nicht, wie in fast 20 Jahren erfolglos „Am Hindukusch verteidigt.“

Alle diese grundgesetz- und völkerrechtswidrigen Kriegseinsätze sind sofort zu beenden!

Von deutschen Boden erfolgen keine Einsätze oder Unterstützungsleistungen für völkerrechtswidrige Maßnahmen (Ramstein)

Ausländische Truppenstandorte und Befehls- und Koordinierungsstellen in Deutschland stehen wegen ihrer eingeschränkten Kontrolle Deutschlands im Widerspruch zur Forderung: Aufgabe deutscher Politik ist es alle Kraft für die friedliche Klärung von Konflikten einzusetzen.

Gerade der US-Standort in Ramstein war und ist der Dreh- und Angelpunkt von völkerrechtswidrigen US-Einsätzen in Europa, im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika. Über Ramstein als Relaisstation werden auch die völkerrechtswidrigen Drohnenmorde gesteuert.

Deutschland macht sich durch die Duldung dieser Einsätze auf seinem Territorium mitschuldig.

Ausländische Truppenstandorte und Logistikzentren werden geschlossen (Anlage Stationierungsorte)

Wir fordern daher die Einstellung dieser Einsätze und aller deutscher Unterstützungsleistungen sowie die Schließung aller Standorte und unterstützen ganz besonders die Kampagne „Stopp Airbase Ramstein“

Für die betroffenen Regionen werden Konversionsprojekte mittels bisher für Rüstungsausgaben verwendeten Mitteln aufgelegt (s.u.).

Beitritt zum UN-Vertrag zur Abschaffung und Ächtung von Atomwaffen

Am 22. Januar 2021 trat das UN-Atomwaffenverbot in Kraft, das 2017 auf einer Konferenz der Vereinten Nationen von 122 Staaten beschlossen wurde. Entwicklung, Herstellung, Lagerung, Weitergabe, Erwerb, Besitz, Testung und der Einsatz von Atomwaffen sind ab sofort für die Vertragsstaaten verboten.

Atomwaffen bedrohen unsere Sicherheit. Wir fordern den Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag als wichtigen Beitrag für die deutsche und internationale Sicherheit. Deutschland muss sich an dieser weltumspannenden Aktion beteiligen statt auf eine Abschreckung durch Atomwaffen zu setzen. Ein Atomkrieg gefährdet insbesondere Mitteleuropa und darüber hinaus die gesamte Menschheit. Ereignisse der Vergangenheit zeigten, dass unser Überleben bereits mehrmals nur durch bedachtes Handeln einzelner Kommandeure gesichert wurde. Angesichts kürzerer Vorwarnzeiten und fortschreitender Automatisierung von Systemen vergrößert sich die Gefahr weiter.

Auf deutschen Boden werden keine Massenvernichtungswaffen stationiert bestehende Stationierungen werden aufgelöst (Büchel)

In Büchel lagern ca. 20, im Jahre 2020 modernisierte amerikanische Atomwaffen. Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen und lt. UN-Vertrag zum Atomwaffenverbot geächtet. Wir fordern den Abzug der Atomwaffen, wie bereits am 26.03.2010 fraktionsübergreifend mit großer Mehrheit im Bundestag beschlossen. Durch die Stationierung ist Deutschland unmittelbar in Gefahr, da die hier stationierten Atomwaffen Zielkoordinaten für Atomschläge sind. Wir unterstützen alle Initiativen, die die Atomwaffenfreiheit Deutschlands fordern, insbesondere „Büchel ist überall – atomwaffenfrei jetzt!“

Deutschland kündigt die nukleare Teilhabe

Im Rahmen der nuklearen Teilhabe übernimmt Deutschland als Stationierungsland von US-Atomwaffen (Büchel) den Transport der Atomwaffen in das vorgesehene Zielgebiet unter US-Kontrolle. Neben der Stationierung beteiligt sich Deutschland damit aktiv an dem Einsatz von Atombomben. Dies ist völkerrechtlich umstritten im Zusammenhang mit dem Atomwaffensperrvertrag und steht im Widerspruch zum UN-Vertrag zur Ächtung und Abschaffung von Atomwaffen.

Für die Modernisierung der deutschen Trägersysteme, die nach der erfolgten Modernisierung der US-Atomwaffen erforderlich ist, will die Bundesregierung 45 dafür zertifizierte F18 zu Kosten von ca. 7,5 Mrd. Euro aus den USA anschaffen. Dieser Betrag gestatte beispielhaft die Finanzierung von 60.000 dringend erforderlichen Pflegekräften⁵.

Wir fordern den Stopp dieses Wahnsinns durch die Kündigung der nuklearen Teilhabe im Zusammenhang mit der Forderung des Abzugs der Atomwaffen vom deutschen Boden.

Deutschland reduziert jährlich seine Rüstungsausgaben

Deutschland plant derzeit in den folgenden Jahren die Nato/US-Vorgabe 2% des Bruttoinlandsproduktes(BIP), d.h. ca. 20% des Bundeshaushaltes fürs Militär, umzusetzen. Damit

⁵ IPPNW 2020

würde Deutschland, das 2020 bereits 51,39 Mrd.⁶ für Rüstung ausgegeben hat, mehr als 70 Mrd. jährlich und damit mehr als derzeit Russland für Militär ausgeben. Diese Summe entspricht 840 € pro Bundesbürger im Jahr. Die Nato dominiert bereits jetzt die weltweiten jährlichen Rüstungsausgaben und verschwendet ca. das 15-fache der Ausgaben von Russland bzw. ca. das 5-fache von China.

Wir fordern den Stopp dieser irrsinnigen Verschwendung von Mitteln zu Gunsten der Rüstungskonzerne und -profite. Wir fordern diese Mittel sinnvoll für Bildung, Gesundheit, Soziales und Entwicklungshilfe einzusetzen und die jährliche Reduzierung der Rüstungsausgaben. Zudem können geeignete freiwerdende Kasernen zu Sozialwohnungen umgebaut werden.

Deutschland entwickelt eine diplomatische Initiative zu einer asymmetrischen Abrüstung in der z.B. Bevölkerungszahl, Fläche und Außengrenzen der Länder als Maßstab einfließen.

Deutschland stoppt seine Rüstungsexporte und erarbeitet ein Programm zur Konversion der Rüstungsindustrie und seiner Militärausgaben mit dem Schwerpunkt Umwelttechnik und Entwicklungshilfe und soziale Aufgaben

Deutschland war im Zeitraum 2015 bis 2019 mit einem Anteil von 5,8% am Weltrüstungsexport viertgrößter Exporteur weltweit⁷.

Deutschland trägt damit große Mitverantwortung an Kriegen weltweit. Exemplarisch sei der Krieg im Jemen genannt, wo mit deutschen Waffen gegen die immer mehr verarmende und hungernde Bevölkerung gekämpft wird.

Waffen haben noch nie zur Befriedung beigetragen, die Rüstungsexporte sind daher dringend einzustellen, sie schaffen Fluchtursachen statt sie zu beseitigen!

Einen Teil der eingesparten Rüstungsmittel setzt Deutschland für die Konversion deutscher Rüstungsunternehmen zur Produktion von Umwelttechnik, Technik für den öffentlichen Verkehr und landwirtschaftlicher Technik auch für Entwicklungsländer ein. Damit werden Arbeitsplätze gesichert. Deutschland leistet damit echte Entwicklungshilfe zur Selbsthilfe ohne Profitinteressen und Schuldendiktat und beseitigt so nachhaltig Fluchtursachen.

Austritt aus internationalen Organisationen, die diesen Forderungen widersprechen

Die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, die diesen Forderungen und Entwicklungszielstellungen widersprechen ist obsolet und zu kündigen.

Stattdessen sind multilaterale, auf Verständigung und Zusammenarbeit orientierende Organisationen zu fördern und zu entwickeln. Beispielhaft wird die Wiederbelebung der Charta von Paris aus dem Jahre 1990 genannt.

⁶ **Tagesschau 7.2.21**

⁷ **SIPRI Yearbook 2020 Summery S.15**

Anlage Bündnispartner

überregional (Auswahl):

Netzwerk Friedenskooperative	https://www.friedenskooperative.de/
Abrüsten statt Aufrüsten	https://abruesten.jetzt
Stopp Air Base Ramstein	https://www.ramstein-kampagne.eu/
ICAN Deutschland	https://www.icanw.de
Büchel ist überall – atomwaffenfrei jetzt!	https://www.atomwaffenfrei.de/home.html
Kampagne Atomwaffen sind jetzt illegal	http://atomwaffen-sind-jetzt-illegal.de/
Ärzte gegen Atomkrieg IPPNW	https://www.ippnw.de
Deutsche Friedensgesellschaft	https://www.dfg-vk.de
Vereinigung für Friedensrecht IALANA	https://www.ialana.de
Naturwissenschaftler für Frieden und Zukunftsfähigkeit NATWIS	http://natwiss.de
Gesellschaft Kultur des Friedens	https://www.kulturdesfriedens.de

offen für Erweiterungen!

Regional:

Alle regionalen Friedens-/Abrüstungsinitiativen die insbesondere mit der Friedenskooperative und anderen genannten Organisationen kooperieren.

Hier: Ostermarschveranstalter 2021

Quelle: <https://www.friedenskooperative.de/termine>

Veröffentlichung bestätigt durch Friedenskooperative, erkannte Doppelungen wurden entfernt.

Aktionskreis für Frieden, Erfurt, 99091 Erfurt, Telefon: 0361/732481, aktionskreis-frieden-erfurt@gmx.de.

FriedensNetz Saar, Waltraud Andruet, Bilsdorferstr. 28, 66793 Saarwellingen, waltraud_andruet@t-online.de, friedensnetzsaarblog.wordpress.com

B90/Die Grünen KV Lüneburg, Schröderstr. 16/ Hof, 21335 Lüneburg, Telefon: 04131/49 575, mail@gruene-lueneburg.de, gruene-lueneburg.de

Chemnitzer Ostermarsch, c/o Umweltzentrum, 09122 Chemnitz, eindeoc@freenet.de

Friedensforum Neumünster, Am alten Kirchhof 5, 24537 Neumünster, mail@friedensforum-nms.de, friedensforum-nms.de

DFG/VK Flensburg, Mühlenholz 28 A, 24943 Flensburg, flensburg@bundeswehrrabschaffen.de, bundeswehrrabschaffen.de

Aktionsbündnis "Stop Westcastor!", 52428 Jülich, maritaboslar@aim.com, westcastor.org

Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Münster, Zumsandestr. 15, 48145 Münster, info@sofa-ms.de, sofa-ms.de

Hanauer Friedensplattform, Am Freiheitsplatz 6, 63450 Hanau, Telefon: 06181/56549, info@friedensplattform.de, friedensplattform.de

Friedensinitiative Bad Hersfeld, 36251 Bad Hersfeld, Lucas.Sichardt@posteo.de

Friedensbündnis Schwerin, 19006 Schwerin, Telefon: 0385/5509706, kuh.schmidt@freenet.de, schweriner-friedensbuendnis.de

Friedenswerkstatt Wedel, Wedel, wolfram@jaskers.de

Friedensinitiative Traunstein Traunreut Trostberg, 83278 Traunstein, renateschunck@t-online.de, friedensinitiativett.wordpress.com

Friedensbündnis Gera, 07545 Gera, friedensbuendnis-gera@gmx.de

Osnabrücker Friedensinitiative (OFRI), Osnabrück, Telefon: 0170/6917390, post@osnabruecker-friedensinitiative.de, osnabruecker-friedensinitiative.de

Friedenskreis Eutin, 23701 Eutin, Telefon: 0176/45643671, info@friedenskreis-eutin.de, friedenskreis-eutin.de

Friedensbündnis Karlsruhe, Sonnhild Thiel, Alberichstr. 9, 76185 Karlsruhe, Telefon: 0721/552270, suthiel@t-online.de, friedensbuendnis-ka.de

DFG-VK Mainz, c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10, 55116 Mainz, dfgvkmz@web.de, dfg-vk-mainz.de

Ostermarsch Rhein/Ruhr, c/o DFG-VK NRW, Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, Telefon: 0231/818032, Fax: 0231/818031, dfg-vk.nrw@t-online.de, ostermarsch-ruhr.de

Aktionsbündnis Mahnwache Ellwangen, 73479 Ellwangen, gerhardell1@t-online.de

Antimilitaristisches Bündnis Wendland, anti-mil-wend@riseup.net

Kieler Friedensforum, c/o Benno Stahn, An den Birken 18, 24111 Kiel, Telefon: 0431/690167, b.stahn@kieler-friedensforum.de, kieler-friedensforum.de

VA: Ostermarsch in Fulda c/o DGB Südosthessen (Bündniss: Attac Fulda, DGB Kreisverband Fulda, Die Linke. Kreisverband Fulda, Die Linke.Offene Liste/ Menschen für Fulda, Fridays for Future Ortsgruppe Fulda, Fulda stellt sich quer, GEW Fulda und Hünfeld, Grüne Jugend, KÖK e.V., linksjugend [solid] Fulda, pax christi Diözesanverband Fulda, VVN BdA.)

Kontakt: DGB Büro Fulda, Heinrichstr. 79, 36037 Fulda

Kasseler Friedensforum, Germaniastr. 14, 34119 Kassel, Telefon: +49 (0)561 – 93717974, info@kasseler-friedensforum.de, kasseler-friedensforum.de

Bremer Friedensforum, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, Telefon: 0421/3961892, 0173/4194320, info@bremerfriedensforum.de, bremerfriedensforum.de

Friedenswerkstatt Sophie-HedwigDiez-Limburginfo@friedenswerkstatt-sophie-hedwig.de

Bündnis Courage Diez-Limburg <https://buendnis-courage.de/category/courage/kontakt>

DGB-Informationsbüro Odenwaldkreis, Bahnhofstr. 39, 64732 Bad König, Telefon: 06063/5899826,
Infobuero.Odenwaldkeis@DGB.eu

Kölner Friedensforum, Obenmarspforten 9-11, 50676 Köln, Telefon: 0221/9521945, koelner-friedensforum@web.de, koelnerfriedensforum.org

Münchner Friedensbündnis, c/o Friedensbüro, Frauenlobstr. 24 Rgb., 80337 München, Fax: 089/2715917,
friedensbuero@muenchner-friedensbuendnis.de, muenchner-friedensbuendnis.de

Aschaffener Friedenstrommler, Sternberg 61, 63867 Johannesberg, Telefon: 06029/6300,
keaul@gmx.de, friedenstrommler.de

Friedenszentrum Braunschweig, Goslarsche Str. 93, 38118 Braunschweig, Telefon: 0531/893033, Fax:
0531/8019989, kontakt@friedenszentrum.info, friedenszentrum.info

Friedensforum Delmenhorst, Delmenhorst, helmuth.riewe@googlemail.com

Aktionsbündnis Friedensbewegung Südwestfalen (ABFS), Siegen, 57072 Siegen, Telefon: 0163/1348390,
abfs17@web.de

Friedensbündnis Goslar, 38640 Goslar, karsten.faeber@kabelmail.de

FriedensGruppe Düren, 52349 Düren, lieblux@aol.com, friedensgruppedueren.de

DFG-VK Würzburg, 97070 Würzburg, wuerzburg@dfg-vk.de, wuerzburg.dfg-vk.de

Gießener Friedensnetzwerk , 35390 Gießen, Martinalennartz@aol.com, [facebook.com](https://www.facebook.com)

Gießener Friedensnetzwerk , 35390 Gießen, Martinalennartz@aol.com, [facebook.com](https://www.facebook.com)

Friedensplenum Mannheim, Speyerer Str. 14, 68163 Mannheim, friedensplenum.mannheim@gmx.de,
frieden-mannheim.de

Oldenburger Friedensbündnis, Postfach 1831, 26008 Oldenburg, OldenburgerFriedensBuendnis@gmx.de,
oldenburger-friedensbuendnis.de

Lüneburger Friedensbündnis, Lüneburg, Friedensbuendnis-LG@email.de

Friedensinitiative Wismar, Michael E. Deppe, 23966 Wismar, Telefon: 0175/2486561, luek55@gmx.de

Bündnis "Bunt statt Braun", Gifhorn, 38518 Gifhorn, bunt.statt.braun.gifhorn.nds@gmail.com, [de-de.facebook.com](https://www.facebook.com)

Hof ist Bunt, DGB Kreis- und Stadtverband Hof, VVM-BdA Hof-Wunsiedel, GEW Hof

Aktionsbündnis Ostfriesischer Ostermarsch, 26725 Emden, ostfriesischer.ostermarsch@gmx.de

Augsburger Friedensinitiative (AFI), Dorfstr. 26, 89361 Landensberg, info@augsbuenger-friedensinitiative.de,
augsbuenger-friedensinitiative.de

Friedensbündnis Neubrandenburg, Neubrandenburg, j.kalkbrenner@buchmedien.de

Friedensnetz Baden-Württemberg, Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart, Telefon: 0711/91461748 ,
buero@friedensnetz.de, friedensnetz.de

auch zusätzlich:

Friedenstreff Stuttgart-Nord <https://friedenstreff-nord.de>

Gruppe "Friedensbewegt Ulm", Ulm, sattler@ruestungsatlas-ulm.de, friedensbewegt-ulm.de

Bielefelder Friedensinitiative, Monika Greve, 33613 Bielefeld, kontakt@bielefelder-friedensini.de, bielefelder-friedensini.de

Leipzig gegen Krieg **Webseite:** leipzig-gegen-krieg.de

Göttinger Friedensforum, 37073 Göttingen, Telefon: 0551-46258 , [KO_Kreis
%Goettinger_Friedensforum@gmx.de](mailto:KO_Kreis%Goettinger_Friedensforum@gmx.de)

Heidelsberger Friedensbündnis, Heidelberg, Telefon: 0160/186 1830, heidi.flassak@online.de,
friedensbuendnis-heidelberg.de

Neuss steht für Frieden, 41460 Neuss, nesff@posteo.de, [facebook.com](https://www.facebook.com/nesff)

Erlanger Bündnis für den Frieden, 91052 Erlangen, friedensbuendnis-er@web.de, frieden-erlangen.de

Friedensinitiative Westpfalz (FIW), Postfach 1705, 67606 Kaiserslautern, Telefon: 0170/4155288,
Friedensinitiative@gmx.de, friedensinitiative-westpfalz.de

Friedensbüro Hannover, Maschstr. 24, 30169 Hannover, friedensbuero@frieden-hannover.de, frieden-hannover.de

Berliner Friedenskoordination (FriKo), Laura von Wimmersperg, Hauptstr. 37, 10827 Berlin, Telefon:
030/7823382, Fax: 030/7823382, info@frikoberlin.de, frikoberlin.de

Friedensforum Lübeck (Infos über: VVN-BdA Lübeck-Lauenburg, <http://www.vvn-bda-hlrz.de>, eMail:
Lobemeimberg [at] t-online [dot] de

VA: Ostermarsch Bonn (= Bündnis: NaturFreunde Bonn, FI Bonn-Beuel, ...) weltoffen-bonn.de

DFG-VK-Gruppe Mittelbaden, Mörikestr. 6, 77654 Offenburg, mittelbaden@dfg-vk.de

Friedenskooperative Münster, Münster, Telefon: 0163/8996758, [de-de.facebook.com](https://www.facebook.com/de-de.facebook.com)

Bürgerinitiative "Etz langt´s!", Alte Reichsstr. 36, 91522 Ansbach, Telefon: 0160/93104199,
borisandre.meyer@etz-langts.de, etz-langts.de

DFG-VK Oberpfalz, 93142 Maxhütte, Telefon: 09471/950085, oberpfalz@dfg-vk.de, dfg-vk-bayern.de

Düsseldorfer Friedensforum, Himmelgeister Str. 107, 40225 Düsseldorf, FrieFoDdf@gmx.de

Friedensbündnis Oberursel, Herzbergstr. 18, 61440 Oberursel, Telefon: 06171/980998,
friedensbuendnis@kunstgriff-oberursel.de, kunstgriff-oberursel.de

B90/Die Grünen Coburg, Steintor 1, 96450 Coburg, info@gruene-coburg.de, gruene-coburg.de

Ostermarsch Rhein/Ruhr, c/o DFG-VK NRW, Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, Telefon:
0231/818032, Fax: 0231/818031, dfg-vk.nrw@t-online.de, ostermarsch-ruhr.de

Friedensforum Werra-Meißner, heikematthies@posteo.de

Friedensnetz Frankfurt/Oder, Kirchring 1, 15236 Frankfurt-Güldendorf, r.c.schuelzke@t-online.de

Bürgerinitiative OFFENE HEIDE, Dorfstr. 45, 39590 Tangermünde, Telefon: 0173/2051088 , Fax: 03904/40570, info@offeneheide.de, offeneheide.de

Gießener Friedensnetzwerk , 35390 Gießen, Martinalennartz@aol.com, [facebook.com](https://www.facebook.com)

Rheinmetall entwaffnen, rheinmetall-entwaffnen@riseup.net, rheinmetallentwaffnen.noblogs.org

Friedensbündnis Oberursel, Herzbergstr. 18, 61440 Oberursel, Telefon: 06171/980998, friedensbuendnis@kunstgriff-oberursel.de, kunstgriff-oberursel.de

Hanauer Friedensplattform, Am Freiheitsplatz 6, 63450 Hanau, Telefon: 06181/56549, info@friedensplattform.de, friedensplattform.de

Rügener Friedensbündnis, Zum Schwanenstein 1, 18551 Lohme, Telefon: 0171/9349714, breitenfeldt-lohme@t-online.de, ruegen-akademie.de

Friedens- und Zukunftswerkstatt, Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt, frieden-und-zukunft@t-online.de, frieden-und-zukunft.de

Darmstädter Friedensforum, 64283 Darmstadt, regina@reginahagen.de

Friedensinitiative Offenbach, c/o Gärtnerhäuschen der Naturfreunde, 63071 Offenbach, Telefon: 0171/3218747, ofi@offenbacher-friedensinitiative.de, offenbacher-friedensinitiative.de

Friedensfreunde Dülmen, 48249 Dülmen, friedensfreundeduellen@gmail.com, friedensfreundeduellen.eu

Marburger Bündnis 'Nein zum Krieg' , Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg, antikriegsbuendnismarburg.de

ÖDP Kreisverband Rottweil, tobias.raffelt@oedp.de

Fürther Friedensbündnis, Fürth, Telefon: 0911/2109516, heidi.mueller-online@web.de

Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung (BIFA), Isabellastr. 6, 80798 München, Telefon: 089/181239, info@bifa-muenchen.de, bifa-muenchen.de

Nürnberger Friedensforum (NFF), c/o Angela Rauscher, Königshammerstr. 15a, 90469 Nürnberg, info@friedensforum-nuernberg.de, friedensforum-nuernberg.de

Freiburger Friedensforum, Stühlingerstr. 7, 79106 Freiburg, Telefon: 0761/7678088, fff@fffr.de, fffr.de

Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung, Lange Reihe 101, 20099 Hamburg, Telefon: 040/41924700, hamburger-forum@hamburg.de, hamburgerforum.org

Initiativkreis gegen Atomwaffen, Pfarrer Dr. Matthias Engelke, mwengelke@t-online.de

Friedensrat Markgräflerland, Müllheim, Lindenstr. 23, 79379 Müllheim, Telefon: 07631/9318564, Friedensrat-Muellheim@gmx.de, friedensrat.org

Friedensinitiative Landshut, 84028 Landshut, FI-Landshut@web.de

Krefelder Friedensbündnis, Krefeld, Telefon: 02151/753967, info@krefelder-friedensbuendnis.de, krefelder-friedensbuendnis.de

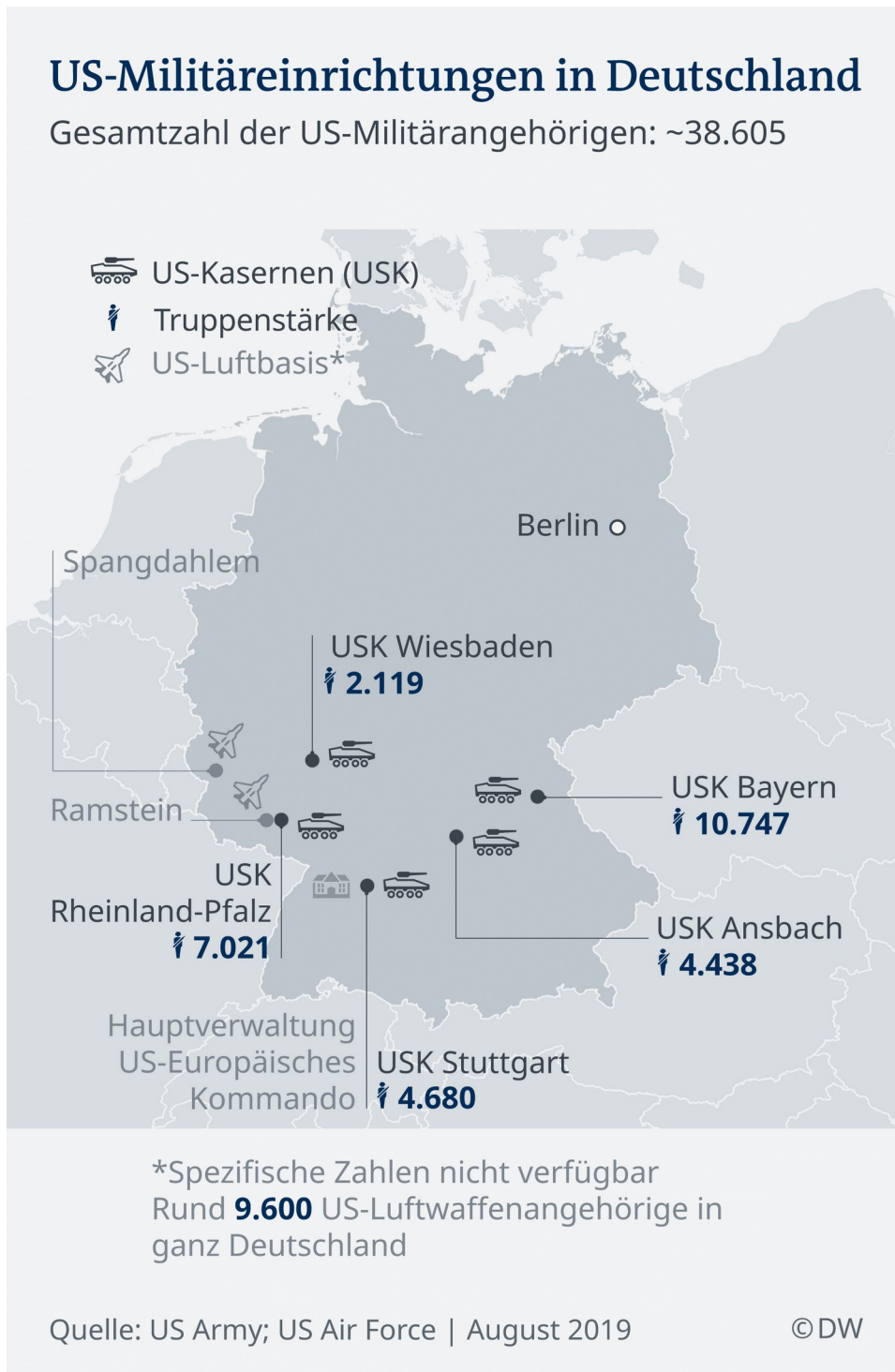
: Friedenskoordination Cottbus, Willi-Budich-Str. 45, 03044 Cottbus, Telefon: 0174/7308565 , friko-cottbus@gmx.de, friko-cottbus.de

Friedensregion Bodensee , 88662 Überlingen, friedensregion.bodensee@gmail.com , friedensregion-bodensee.de

Wilhelmshavener Friedensmarsch, 26382 Wilhelmshaven, friedensmarsch@stadt-media.de

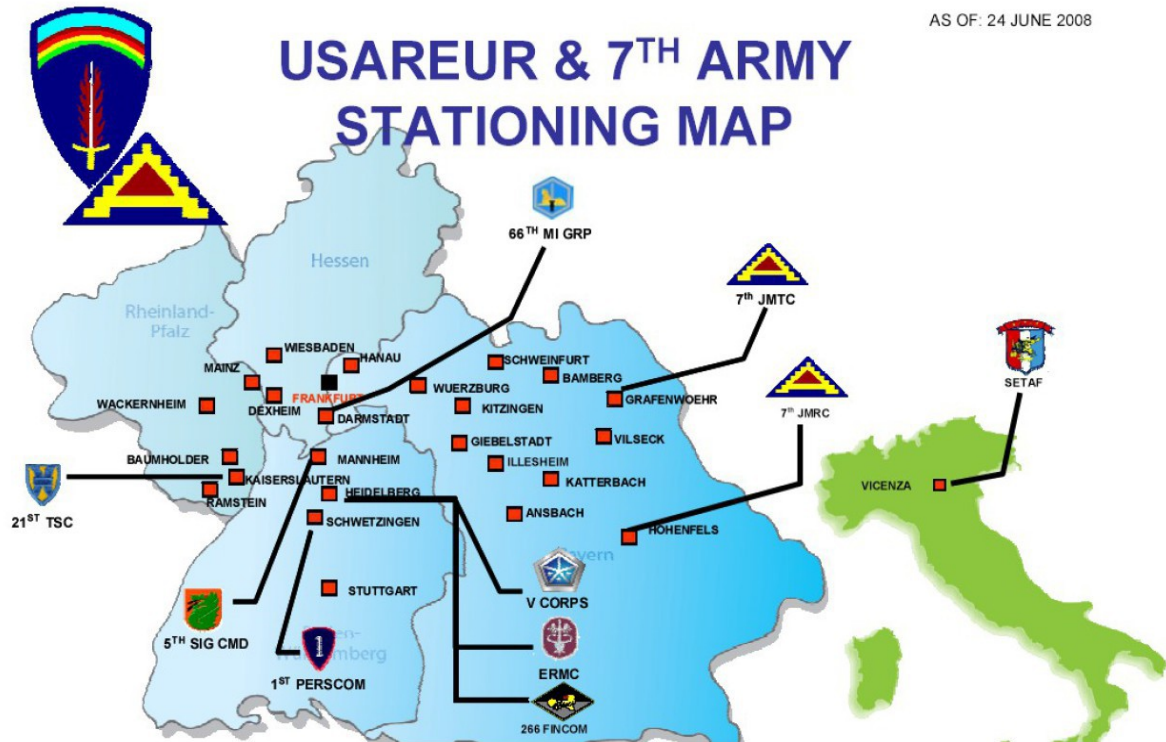
Nürnberger Ev. Forum für den Frieden (NEFF), Allersberger Str. 116, 90461 Nürnberg, Telefon: 0911/, Fax: 0911/214-2153, info@neff-netzwerk.de, neff-netzwerk.de

Anlage Standortierungsorte:



Quelle: [Deutsche Welle](#)

AS OF: 24 JUNE 2008



Quelle : www.luftpost-kl.de 2015

US-Kommandozentren in Deutschland:

EUCOM:

Europa einschließlich des asiatischen Teils Russlands, Island, Israel
HQ in den Patch Barracks in Stuttgart-Vaihingen

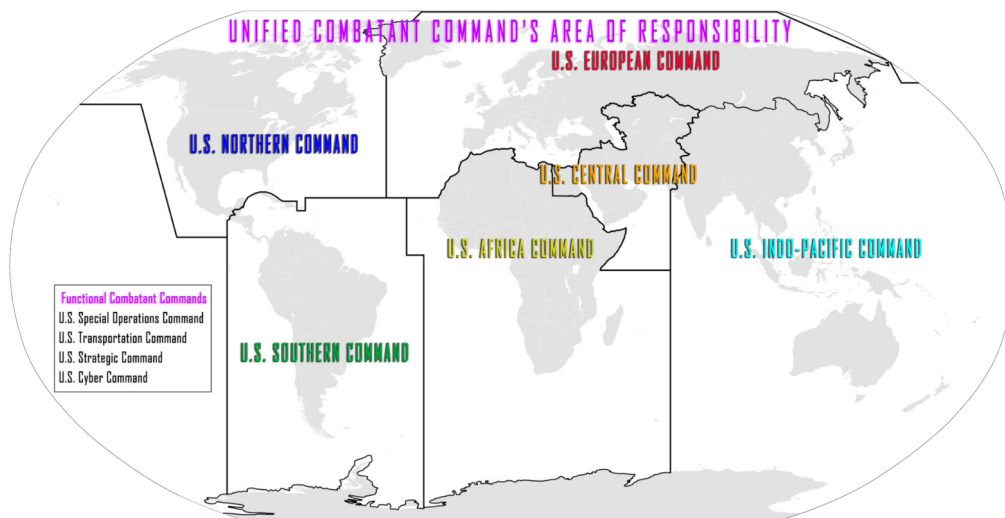
AFRICON:

Ganz Afrika (außer Ägypten und die Arabische Halbinsel)

HQ in den Kelley Barracks in Stuttgart

Kann nicht nach Afrika verlegt werden, weil kein Staat zur Aufnahme bereit ist

Quelle : ww.luftpost-kl.de 2015



Quelle: [Wikipedia](https://de.wikipedia.org)